

Meldung Deutsche Presse Agentur vom 2006-02-20 17:25

Bundesländer/Bundesregierung/Föderalismus/Umwelt/

(Zusammenfassung 1715 - mit dpa-Gespräch)

SPD-Umweltpolitiker wollen Föderalismus-Paket aufschnüren

Berlin/Potsdam (dpa) - SPD-Umweltpolitiker in Bund und Ländern wollen das Föderalispaket entgegen dem Willen der Partei- und Fraktionsspitze aufschnüren. Um eine weitere «Rechtszersplitterung» zu vermeiden, müsse es Änderungen beim Umweltrecht geben, beschlossen die umweltpolitischen SPD-Fraktionssprecher aus EU-Parlament, Bundestag und Landtagen am Montag in Potsdam.

Vize-Bundestagsfraktionschef Ulrich Kelber wies Erklärungen von Kanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU) gegen jegliche Änderung an der Staatsreform zurück. «Es ist eine Anmaßung eines Ministers, der nicht einmal Abgeordneter ist, den Abgeordneten vorschreiben zu wollen, was sie zu entscheiden haben», sagte Kelber der dpa in Berlin. «Es sind noch zahlreiche Details zu ändern.»

Ohne Änderung des in der vergangenen Woche von den Koalitionsspitzen des Bundes und einigen Länder-Regierungschefs ausgehandelten Entwurfs drohe ein «Wirrwarr von Gesetzen», warnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow. Hätten die Länder - wie vorgesehen - das Recht, von Bundesgesetzen abzuweichen, würde die Vereinheitlichung des Umweltrechts und damit ein Umweltgesetzbuch verhindert. Sonst bliebe nur der Klageweg nach Karlsruhe. In ihrem Beschluss schlagen die SPD-Umweltfachleute vor, im Grundgesetz ein «Recht des Umweltschutzes» zu verankern. Die Länder sollten Gestaltungsspielraum in Form von Öffnungsklauseln erhalten.

Wo immer möglich, sollte der Bund Ländern und Kommunen die konkrete Umsetzung gesetzlicher Bestimmungen überlassen, gleichzeitig aber auf Einheitlichkeit achten, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Michael Müller (SPD). Schon jetzt beruhen etwa 60 Prozent der Regelungen auf EU-Recht. In der großen Koalition mit der Union trage die SPD die Hauptverantwortung für die Umweltpolitik. Sie wolle hier die erfolgreiche Arbeit der vergangenen sieben Jahre von Rot-Grün fortsetzen. Sowohl Müller als auch Bülow bekräftigten, dass die SPD trotz Widerstandes in den Reihen der Union am vereinbarten Atomausstieg festhalten werde. Mit der SPD sei eine Verlängerung der Restlaufzeiten nicht zu machen.

Auch Kelber kritisierte die Umweltpassagen im Föderalispaket: «Nach wie vor sind die Ergebnisse im Bereich Umwelt irreführend, inkonsequent und nicht akzeptabel.» Fachleute hatten kürzlich im Umweltausschuss des Bundestages vor einer Verabschiedung der Föderalismus-Regelungen zum Umweltschutz gewarnt. Die Möglichkeit für Länder, fundamental von Bundesgesetzen abzuweichen, würde das Umweltrecht zersplittern, während die Vereinheitlichung notwendig

wäre.

De Maizière hatte sich in Zeitungsinterviews gegen ein Aufschnüren des Föderalispakets gewandt. «Das Paket mit den jetzt getroffenen Vereinbarungen zur Föderalismusreform ist zu», hatte er der «Sächsischen Zeitung» (Samstag) gesagt. Das Gesamtpaket müsse zusammenbleiben. Die aktuelle Kritik aus den Koalitionsparteien bezieht sich aber weiterhin auch auf die Kompetenzverlagerung in den Bereichen Bildung und Beamtenbesoldung. Aber auch hier werden Änderungen mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass die Föderalismus-Reform sonst insgesamt scheitern könnte.

dpa wb/bb yydd ot

201725 Feb 06